

Sozialismus des 21. Jahrhunderts - Zur Programmdebatte der LINKEN 2017

Peter Ziegert, 15234 Frankfurt/Oder Am Kiingental 13, Mail: nur_ffo@freenet.de

Die auf dem marxistischen Programm der Mehrwerttheorie aufgebauten politischen Programme der ehemaligen „sozialistischen“ Staaten sind um 1989/1991 gescheitert. Alleine mit volkseigenen Produktionsmitteln und Banken konnte kein Sozialismus dauerhaft aufgebaut werden. Die Volksmassen haben ihn beendet. Da ist ein Fehler im System, auf den zwar andere antikapitalistische Kräfte schon vor über hundert Jahren (1903 Prof. Ruhland, 1916 Silvio Gesell, Ende 19. Jahrhundert P.J. Proudhon) hingewiesen haben als es noch keinen realen Sozialismus gab. Aber die Marxisten ignorierten dieses.



Autor Peter Ziegert, Jahrgang 1941, wuchs in der DDR auf, lernte im Trabant-Werk Zwickau Kfz-Schlosser.

Er besuchte 1961-63 die Offiziersschule der Luftwaffe der NVA - Nationale Volksarmee der DDR - und schied 1987 als Oberstleutnant aus dem aktiven Dienst der NVA aus. Er war Mitglied der SED, ist aktiv in der Programm-Diskussion der LINKEN im KV Frankfurt/Oder und versucht dort einen Sozialismus in Freiheit zu verankern. Er lernte diesen nach der „WENDE“ in den Vorträgen von Prof. Bernd Senf in Berlin kennen. Im jetzt dem Parteitag vorliegenden Programm - Entwurf sieht er seine Ansätze noch nicht wieder.

Der Hauptfehler, der nicht beachtet wurde, ist das Zinsgeldsystem (ZGS)

Alle ZGS sind Ausbeutersysteme. Die Marx-sche Mehrwerttheorie ist zwar theoretisch in sich geschlossen, hat aber in der Praxis nicht bestanden. Jede produktive Gesellschaft muss Mehrwert erarbeiten, sonst kann sie nicht die nichtproduktiven Bereiche der Gesellschaft wie Kultur, Bildung usw. entwickeln. Wichtig ist, steht der erarbeitete Mehrwert der Gesellschaft voll zur Verfügung oder muss ein Teil als Zins an die Reichen abgeführt werden und steht eben nicht für sozial-kulturelle Bereiche aller bereit.

In einer kapitalistischen Marktwirtschaft werden die Preise soweit gedrückt, dass oft nur geringe Gewinne ohne Mehrwerte übrigbleiben. Beispiele: Bauwirtschaft hat einen Gewinn von 3-5%, Nahrungswirtschaft von 4%, Autoindustrie von 6%. In diesen Branchen ist der Mehrwert gering. Wird er durch die Marktbedingungen noch geringer kommt es zu Firmenpleiten. Dort wo hohe Gewinne

erzielt werden, z.B. in der Pharmaindustrie, die das Geschäft mit der Krankheit betreibt, liegt der Gewinn bei 25,8%. In der Pharmaindustrie werden mit die höchsten Löhne und Gehälter gezahlt.

Wie das kapitalistische Geldsystem funktioniert ist ein gut gehütetes Geheimnis des Kapitals.

Bisher rüttelten nur Prof. Ruhland und Silvio Gesell daran. Beide werden totgeschwiegen. Warum nur? Weil diese Lehren die wahren Ursachen von Ausbeutung, Krisen und Krieg aufdecken und somit gefährlicher für das Kapital sind als die marxistische Mehrwerttheorie? Das von Marx aufgedeckte Gesetz vom Fallen der Profitrate genügt zur Erklärung der Ursachen der Ausbeutung, von Krisen und Krieg und ist identisch mit Gesells Lehre vom Sinken der Rentabilität des Kapitals.

Der Fehler besteht im kapitalistischen Geldsystem, das auf dem Zinseszins aufgebaut ist und die Gesellschaft in arm und reich spaltet.

Alle Zinsgeldsysteme sind Ausbeutersysteme und unterliegen dem kapitalistischen Wirkprinzip **der Ausbeutung der Arbeit anderer** durch den Zins. Eine sozialistische Geldreform muss daher einen Zins nahe Null zum Ziel haben, sonst ist keine gerechte Gesellschaft möglich. Die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich in einem Zinsgeld-System ist unabhängig vom Gesellschaftstyp, Kapitalismus oder realer Sozialismus, private Produktionsmittel (PM) und Banken oder vergesellschaftete PM und Banken. Solange das Zinsgeldsystem besteht sind Gesellschaften, die sich sozialistisch nennen, nur eine vorübergehende Erscheinung und schlagen nach einer bestimmten Zeit wieder zum Kapitalismus um. So wie wir es 1989/1990 erlebten und Prof. Ruhland schon vor über hundert Jahren vorhersah. Das werden jetzt einige Linke empört zurückweisen. Es ist nun aber so: Der Zins wird immer vom erarbeiteten Mehrwert der Gesellschaft abgezogen und fließt leistungslos in private Taschen. Der Arbeiter mit einem Sparguthaben ist auf der einen Seite Empfänger von Lohn und auf der anderen Seite Empfänger von leistungslosem Einkommen, von Zins. Große Vermögen, die nicht verkonsumiert und gespart werden, werfen hohes leistungsloses Einkommen ab. Für 10% der Bevölkerung sind das bei ca. 4,8 Billionen verzinsungsfähigem Geldvermögen im Jahr ca. 500 Mrd. Zinsen. Sie werden von den anderen 90% erarbeitet und um diese Summe wird das verteilbare Sozialprodukt gekürzt.

Die Umverteilung von arm zu reich jetzt in Höhe von 500 Milliarden € jährlich ist nicht mit dem Privatbesitz an Produktionsmitteln zu erklären, aber mit dem Zinsgeldsystem schon, (diese Zahlen sind durch Veröffentlichungen der Bundesbank belegbar). Über den Zins wird ein großer Teil des gesellschaftlich erzeugten Mehrwertes von den Geldkapitalisten privatkapitalistisch angeeignet. **Auch im Sozialismus war das so, dass z.B. 1988 in der DDR rund 12% des erarbeitenden Nationaleinkommens als Zinsen auf private Konten fließen und nicht als Lohn an die Arbeiter ausgezahlt werden konnte.** Wenn das keine, zwar versteckte, aber vorhandene, Ausbeutung war?

Vermögende über 500.000 € gehören im Kapitalismus zu den Zinsgewinnern, alle anderen 85% des Volkes, sind trotz Zinseinnahmen Zinsverlierer da in allen Preisen und Steuern jetzt rund 40% Zinsen versteckt sind.

Wie geschieht die Ausbeutung?

a) In der produktiven Sphäre: Ein Arbeiter arbeitet z. B. 5 h für seinen Lohn, 3 h für das Unternehmen - so ungefähr die Darstellung bei Marx. Wenn man dann bei den meisten Betrieben (außer Monopolen) die Gewinnspannen nach Steuern heranzieht, so liegen viele nahe an der Rentabilitätsgrenze. Da ist nicht mehr viel mit Ausbeutung durch den Unternehmer. Der Mehrwert eines Unternehmens realisiert sich auch erst nach dem Verkauf der Ware. Der Preis für die Ware unterliegt sowohl Markt- wie Monopolbedingungen und wird durch sie auf ein niedriges Niveau oder überhöhtes Niveau gedrückt. Dementsprechend liegen die Löhne in den einzelnen Branchen unterschiedlich hoch. Der Zins muss erbracht werden, unabhängig vom erzielten Mehrwert und um diesen Betrag wird, **muss**, der Lohn gekürzt werden, unabhängig von der erzielten Gewinnhöhe. Kann der Unternehmer den Zins und die Tilgung nicht mehr aufbringen, wird ihm das Eigentum weggepfändet und die Arbeiter fliegen auf die Straße.

b) Die entscheidende, aber verschleierte Ausbeutung der gesamten Gesellschaft geschieht über die Verschuldung und die darauf zu zahlenden Zinsen. Der Rohstoffproduzent ist verschuldet und schlägt seine Zinsen auf seine Preise auf. Der Transporteur hat Zinszahlungen zu leisten, der Produzent der Fertigware, der Verkaufskonzern usw. **Deshalb sind jetzt in allen Preisen rund 40 % Zinsen versteckt, rund 500 Mrd. € Zinsen im Jahr.** 1970 waren es erst ca. 12% = ca. 7 Mrd. € Zinsen pro Jahr. Im realen Sozialismus hatten wir einen ähnlichen Verlauf des Anstieges der

Zinskurve. Zinsen unterliegen einem exponentialen Wachstum, das heißt sie wachsen mit steigender Verschuldung immer schneller. Alle Systeme die einem exponentialen Wachstum unterliegen sind zum Zusammenbruch verurteilt, denn ständiges Wachstum gibt es in der Natur nur bei Krebs oder einer Explosion. Beides leitet immer das Ende eines Systems ein. **Zwang zum Wirtschaftswachstum ist Folge unseres Zinsgeldsystems.**

Die Summe aller Schulden ist wegen des zusätzlich geschaffenen Schuldzinses stets größer als die Summe aller Guthaben. Folge dieser Konstruktion des Geldsystems - ist ein exponentielles Wachsen der Guthaben und Schulden. Damit diese Schulden durch neue dingliche Sicherheiten gedeckt sind, ist eine ständig wachsende Wirtschaft nötig. Sobald die Wirtschaft nicht wächst, sinken die Rendite/Zinsen, der Geldkapitalist, der Geldanleger investiert nicht mehr in die Wirtschaft und gleichzeitig sind Schulden nicht mehr ausreichend mit Werten gedeckt. Die Banken verweigern in dieser Phase Kredite: Folge sind Krise und Pleiten.

Im exponentiellen Wachstum, das der Wirtschaft durch das Zinssystem aufgezwungen wird, liegt der Grund für weiter steigendem Naturverbrauch, damit auch weiter steigendem Energieverbrauch, der dann nur noch mit Atomstrom zu decken ist. Hier liegt ein Widerspruch zur neuen Energiepolitik. Es ist auch nicht möglich eine Exponentialfunktion mit verstaatlichten Banken und Produktionsmitteln abzubremesen, wie sich dies Teile der Linken vorstellen.

Zinsen für ausgereichte Kredite liegen in der Regel über 5% Zinsen. Um die Zinsen zu erarbeiten muss mehr produziert werden, mindestens in Höhe des Zinssatzes. Da alle Unternehmen mit Krediten arbeiten müssen, sind die Zinsen nur mit steigender Produktion zu erarbeiten. Deshalb ist der Zins verantwortlich dafür, dass die Wirtschaft ständig wachsen **muss**, auch wenn das aus Sicht der Sättigung des Marktes gar nicht nötig wäre. Liegt der Zins höher als das Wirtschaftswachstum, müssen die Löhne gekürzt oder eingefroren werden. Eine ganz einfache betriebswirtschaftliche Rechnung. Das ist seit ca. 1995 so, da dort das Zinswachstum höher wurde als das Wirtschaftswachstum. Seit dieser Zeit sind die Löhne so gut wie nicht mehr gestiegen, obwohl die Wirtschaft weiter gewachsen ist.

Die entscheidende Frage ist - wie steht die Partei - DIE LINKE - zum Zinsgeldsystem? Ignoriert sie weiter dieses Problem, dann befürwortet sie das Zinsgeldsystem und wer

das ZGS befürwortet, befürwortet auch bewusst oder unbewusst die Ausbeutung von Mensch und Natur. Dieser Frage muss sich die LINKE stellen, denn ohne Reform des Geldsystems, hin zu einem ausbeutungsfreien Geldsystem, ist die Ausbeutung und die Teilung der Gesellschaft in arm und reich, sind Krisen und Arbeitslosigkeit, auf Dauer nicht zu überwinden.

Die Ausbeutung von Mensch und Natur sind in Zinsgeldsystemen objektive Prozess und deshalb nicht zu verhindern und das führt nach einem bestimmten Zeitpunkt immer in die Krise und dann zum Zusammenbruch der Gesellschaft. Das Zinsgeldsystem erzwingt das ständige Wachstum der Wirtschaft bis zum Crash. Ein ständig erzwungenes Wirtschaftswachstum verbraucht auch immer mehr Energie, deshalb ist eine Energiewende in einen Zinsgeldsystem nicht möglich oder nur eine halbe Sache. Ein steigender Energieverbrauch, auf Grund des erzwungenen Wirtschaftswachstums, ist ohne Atomenergie nicht machbar. **Darüber muss sich die Linke und nicht nur sie klar sein.**

Kapitalismus ist das größte Übel der Menschheit. Kapital ist Zins tragendes Eigentum. Kapitalismus ist das Streben nach Erhalt und Ausbau der leistungslosen Einkommen, Zins/Rendite. Ein Kapitalist ist ein Wesen, das diese unverdienten Erträge, ohne eigene Arbeitsleistung, einstreicht. **Deshalb gibt es nur zwei Klassen in der Gesellschaft. Die Klasse der arbeitenden Menschen, dazu gehören Arbeiter, Handwerker, Unternehmer, Künstler, Polizisten usw. und es gibt die Klasse der Schmarotzer, die von leistungslosen Einkommen ohne eigene Arbeit leben und sich ohne eigene Arbeitsleistung die besten Ergebnisse (jährlich jetzt rund 500 Milliarden € von 2,4 Billionen € Gesamt BIP im Jahr aneignen, welches die arbeitende Bevölkerung erarbeiten muss.**

Die Lösung:

Auf lange Sicht gibt es mit konsequenter konkreter Logik nur eine Lösung: Die Exponentialfunktion des Zins - und Verschuldungswachstums muss aus dem Wirtschaftssystem entfernt werden. Dies gelingt nur, in dem die Triebkraft, die uns zu immer mehr Wachstum zwingt, entschärft wird: Die Zinseszinsfunktion unseres Geldsystems, der Zins, den alle Weltreligionen verbieten, muss aus dem System eliminiert werden. Dieser Eingriff ermöglicht es, Wohlstand auch ohne Wachstum zu schaffen.

(Institut für Wirtschaftsforschung und Gesellschaftspolitik)

Das System des Sozialismus - Jedem nach seiner Leistung, jedem nach seinen

Bedürfnissen, kann nur in einer ausbeutungsfreien Geldwirtschaft verwirklicht werden. Ist der Zins raus, steht dem Arbeiter der volle Arbeitsertrag zur Verfügung und er bekommt bei gleicher Leistung mehr Lohn. Der Zins muss nicht mehr an reiche Geld-Säcke abgeführt werden. Jetzt ist ohne Lohnleinbuße die Arbeitszeit zu kürzen. Ökologie und Ökonomie können im Einklang gebracht werden..

Um den Zins in den Bereich null zu senken, muss Geld mit einer Umlaufsicherung versehen werden, die es auch ohne Zins zwingt, sich dem Wirtschaftskreislauf anzubieten. Nicht die Überführung der Banken und Produktionsmittel in Volkseigentum beseitigen die Ausbeutung und den Kapitalismus, sondern die Reform des Geldsystems. Eine sozialistische Geldreform beseitigt die Spekulation mit dem Kapital, beseitigt die Macht des Geldes und macht Regulierungen des Finanzmarktes überflüssig, da sich der kapitalistische Finanzmarkt sowieso nicht regulieren lässt, aber bei einer Geldreform wirft verborgtes Geld als Anlage keinen Zins ab. Worauf soll dann noch jemand spekulieren?? Ursache des außer Kontrolle geratenen Finanzmarktes ist doch das Streben, das Kapital/Geld so gut wie möglich zu vermarkten. Macht beim Streben nach hoher Rendite/ Zins nicht jeder gerne mit, auch die besten „Kommunisten“??), mit immer höheren Risiko, da sich die Verwertungsbedingungen für das Kapital in einer gesättigten Marktwirtschaft ständig verschlechtern.

Ist der Zins raus aus dem Geldsystem, stehen jedem der ca. 42 Mill. arbeitenden Menschen monatlich rund 500 € mehr zur Verfügung. Der Zinsertrag, der bisher als leistungsloses Einkommen an die 15% Reichen geflossen ist, fließt jetzt in den Lohn ein. Das kurbelt die Wirtschaft an, die Arbeitslosigkeit wird beseitigt und schafft Sachwerte bis an die Grenze der Marktsättigung. Dann kann die Wirtschaftsleistung verringert werden ohne Krisen auszulösen.. Nach einer Geldreform sollten Versorgungsmedien, Wasser, Energie usw. in kommunales Eigentum überführt werden. Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen - nicht mehr durch Mehrwerte/Zins gekürzten - Arbeitsertrages ermöglicht den Arbeitenden selbst PM zu erwerben oder mit anderen in Selbstverwaltung zu gründen. Eine Geldreform muss mit einer Bodenreform einhergehen, damit der Boden nicht zum Spekulationsobjekt wird. Er ist unter ökosozialen Kriterien langfristig, auch in Erbpacht, zu vergeben. **Die nächste Seite erklärt die Funktion des Umlaufgeldes an einem historischen Beispiel.**

Erfolgreicher Kampf der Gemeinde Wörgl gegen die Weltwirtschaftskrise mit umlaufgesichertem Kommunalgeld

Der Gemeinderat von Wörg/Tirol beschloss nach langer Überzeugungsarbeit des Bürgermeisters Michael Unterguggenberger im Juni 1932 einstimmig die Einführung von Arbeitswertscheinen, mit denen zuerst Notstandsarbeiter bezahlt wurden und mit denen in den Geschäften gekauft werden konnte. Die Händler konnten damit untereinander handeln oder Gemeindesteuern zahlen, so dass diese weitere Notstandsarbeiter einstellen konnte. So entstand neben dem Kreislauf mit Staatsgeld ein Kreislauf der Arbeitswertscheine. Gedeckt wurden sie durch bei der Ortsbank eingezahltes Staatsgeld der Gemeinde. Das besondere war, dass an jedem Monatsende der Inhaber des Scheines 1% des Nennwertes als Marke bei der Gemeinde kaufen und den Schein immer vollwertig halten musste, was bewirkte, dass möglichst alle die Scheine rechtzeitig durch Käufe ausgaben und so die Wirtschaft wieder in Schwung kam. Die Scheine wurden auch FREIGELD genannt, weil sie von Arbeitslosigkeit und Not befreiten.

Kaus Rohrbach schildert in seinem Buch

FREIGELD wie bereits vor der ersten Ausgabe der Scheine durch den Wohlfahrtsausschuss der Gemeinde der Staat durch Pressemeldungen alarmiert wurde: "Was sollen wir jetzt bloß tun" Krisenstimmung im Amtshaus! Dr. Stawa und Pfarrer Riedelsberger, die Treuhänder, und der Bürgermeister besprachen den Fall. Noch bevor die ersten Scheine ausgegeben worden waren, sorgte ein Schreiben der Tiroler Landesregierung für Aufregung, Michael Unterguggenberger hatte den Brief schon vorgelesen. „An den Marktmagistrat in Wörgl! Zeitungsmeldungen zufolge gibt die Marktgemeinde Wörgl Notgeld aus. **Falls sich diese Meldung bewahrheitet, verletzt die Gemeinde hierdurch das Banknotenprivileg der Nationalbank (Art. 122)** Der Marktmagistrat wird vorbehaltlich weiterer Verfügungen beauftragt, eine Abschrift der Niederschrift des bezüglichen Gemeinderatsbeschlusses vorzulegen"

In der Antwort der Gemeinde hieß es u.a.....dass es sich bei der vermeintlichen Notgeldausgabe um die bereits im Gang befindliche Nothilfe-Aktion des Wohlfahrtsausschusses handle, die auf lt. Protokoll des Gemeinderats durchgeführt wurde.....„Die Arbeitsbestätigungen sind nur Anerkennung einer bestimmten Leistung im Ausmaße eines bestimmten Geldwertes." Es wird bemerkt, dass der Bürgermeister bereits mündlich die Behörden informiert habe und dass „die Aktion in allen Bevölkerungskreisen volles Verständnis gefunden hat"

„Das verschafft uns erst mal Spielraum" mutmaßte der Bürgermeister. Doch wusste er, dass hinter dieser Warnung die Notenbank steckte Sie sah ihr GELD-Privileg in Gefahr. Mehr schmerzte ihn der Widerstand von ganz anderer Seite. Nicht die Kaufleute, der Pfarrer, die bürgerlichen Parteien oder die Bevölkerung, nein, **seine eigenen sozialistischen Parteiführer wollten vom FREIGELD nichts wissen..** In solchen Momenten fühlte sich er sich einsam. Aber von der Sozialdemokratischen Partei ließ er sich nichts vorschreiben.



Mit diesen Scheinen senkte Wörgl in einem Jahr die Arbeitslosigkeit um 25 %, während sie weltweit stieg.

Es gingen wieder Steuern ein und so konnten Straßen, Kanalisation und eine Brücke gebaut und der Wildbach verbaut werden. Das Bild zeigt eine für 6 Monate mit der Marke beklebte Arbeitsbestätigung, die zur Vermeidung von Verlusten - 10 Groschen im Monat bei 1 Schilling - schnell für Käufe weitergegeben wurde. Denn GELD soll rollen, wenn wir leben wollen. Das Buch ist bei der Redaktion (31079 Eberholzen, alternative-dritter-wegfa.t-online.de) zu bestellen und kostet bei 144 Seiten mit Illustrationen von der Aktion mit Porto € 15, 50. Es liest sich in Romanform recht flüssig und eignet sich auch als Geschenk für jung und alt.

Ähnlich dem Wörgler Freigeld sorgte im Raum Schwanenkirchen im Bayr. Wald die WÄRA für Arbeit im stillliegenden Braunkohlenbergwerk und für einen funktionierenden Wirtschaftskreislauf. 60 Bergleute wurden eingestellt. Nach diesen Vorbildern gibt es jetzt in der Bundesrepublik ca. 50 Gruppen, die in ihrer Region umlaufgesichertes Zweitgeld einführen wollen. In ca. 10 Regionen funktioniert es bereits. Beide Gemeinden zeigten: Der Erfolg ist bes. groß, wenn die Gemeinde oder ein Unternehmen mitmachen. Das ist eine Sache für Kommunalpolitiker. So hat die LINKE für den Kreis Hildesheim die Forderung nach einem Kommunalgeld ins Programm für die Kommunalwahl 2011 aufgenommen.

Weitere Informationen - auch über das umlaufgesicherte Brakteatengeld im Hochmittelalter, der Grundlage der Blütezeit der Hanse und Hochgotik, gibt es bei der

Bürgerinitiative A3 W - ALTERNATIVE - DRITTER - WEG 31079 Eberholzen, Gänseberg 11 -Mail: alternative-dritter-weg@t-online.de — www.alternativen.biz,